

**Auszug aus der Niederschrift  
über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 19.04.2018**

**Zu TOP : 9.1**

**Änderung der Hauptsatzung**

**Einreicher: CDU/FDP-Fraktion, Fraktion Bürger für Stralsund, SPD-Fraktion**

**Vorlage: AN 0045/2018**

Herr Dr. Zabel begründet den Antrag. Die Fraktion sieht einen eigenen Ausschuss für die Thematik Stadtmarke Stralsund als sinnvoll an, da die Beteiligung von Akteuren aus dem Bereich Wirtschaft, Tourismus und Hochschule ergebnisorientierter koordiniert werden kann.

Herr Dr. von Bosse und Frau Kühl bezweifeln die Notwendigkeit eines zeitweiligen Ausschusses, da der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vorrangig zu bedienen ist.

Herr Dr. Zabel argumentiert dagegen, dass das Thema mit einer überregionalen Bedeutung verbunden ist und einer kontinuierlichen Entwicklung bedarf, der nur ein zeitweiliger Ausschuss gerecht wird.

Herr van Slooten betont die Wichtigkeit der Thematik. Das Thema soll durch externen Sachverstand bereichert werden, um die Akzeptanz der Errichtung einer Stadtmarke zu prüfen.

Herr Laack und Herr Adomeit sind der Auffassung, dass die Bildung des zeitweiligen Ausschusses nicht angemessen ist und somit eine Abwertung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben erfolgt. Herr Arendt schließt sich dieser Meinung an und führt aus, dass die Kommunalwahlen im Jahr 2019 abgewartet werden sollen, um eine finanzielle Belastung der Stadt auszuschließen.

Herr van Slooten begründet die Notwendigkeit der Errichtung einer Stadtmarke für die zukünftige Entwicklung der Hansestadt Stralsund, um die vorliegenden Stärken auszubauen und neue zu entwickeln.

Herr Suhr kann die inhaltliche politische Diskussion nachvollziehen, sieht aber die Zuständigkeit bei den vorhandenen Ausschüssen. Herr Dr. von Bosse schlägt vor, dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben die Bildung einer Arbeitsgruppe nahe zu legen, die vierteljährig über die themenorientierten Ergebnisse berichtet.

Der Präsident stellt keinen weiteren Redebedarf fest und stellt den Antrag AN 0045/2018 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die 10. Änderungssatzung zur Hauptsatzung entsprechend der Anlage.

Abstimmung: 23 Zustimmungen      13 Gegenstimmen      1 Stimmenenthaltung

Beschluss-Nr.: 2018-VI-04-0772

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 27.04.2018